



Kaoitel 3.2 Inhalte und Ziele

Posted on 16. Juni 2025 by Redaktion

Versprechen von Gleichheit und Gerechtigkeit - oder Fahrplan zur Entmündigung?

Der neue Gesellschaftsvertrag der UN trägt das Versprechen in sich, die Welt gerechter, inklusiver und nachhaltiger zu gestalten. Die darin formulierten **Inhalte und Ziele** wirken auf den ersten Blick wie ein Manifest des Guten. Doch bei näherer Betrachtung stellt sich die Frage, **wem sie nützen, wen sie vertreten - und wen sie ausschließen.**

1. Gleichheit als Leitbild - aber auf wessen Basis?

Der Vertrag spricht von der „Gleichheit aller Menschen“. Doch diese Gleichheit ist nicht juristisch oder menschenrechtlich begründet, sondern funktional gedacht: **Gleichheit im Zugang zu Märkten, zu Bildungstechnologien, zu digitalen Identitäten.** Die Gleichheit vor dem Gesetz, die Freiheit des Individuums – diese klassischen Grundlagen demokratischer Verfassungen – scheinen zunehmend durch **ein normatives Gleichmachen** ersetzt zu werden.

Was nach Gerechtigkeit klingt, kann in der Praxis zur Uniformierung führen – und zur Entwertung von Individualität, kultureller Identität oder persönlicher Verantwortung.

2. Bildung als Transformation - nicht als Befähigung

Eines der zentralen Ziele ist „inklusive, gerechte und hochwertige Bildung“. Doch unter dem Schlagwort „Education for Sustainable Development“ wird Bildung zunehmend auf **Verhaltensänderung** und **normative Ausrichtung** reduziert: Bürgerinnen und Bürger sollen nicht nur lernen, **wie man denkt**, sondern **was man denken soll** – im Sinne globaler Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und digitaler Kompetenz.

Die Vermittlung von Wissen wird dadurch zur **Erziehung im Interesse globaler Agenden**, die nicht demokratisch beschlossen, sondern von Stiftungen, Technologiekonzernen und transnationalen Netzwerken getragen werden.



3. Soziale Sicherheit - mit digitalem Preis

Der neue Gesellschaftsvertrag verspricht umfassende soziale Sicherungssysteme – von der Gesundheitsversorgung bis zur Altersvorsorge. Doch diese Systeme sollen nicht mehr vorrangig durch nationale Demokratien gesteuert, sondern **durch globale Standards und digitale Infrastrukturen** verwaltet werden: mit digitalen ID-Systemen, zentralen Registern, KI-gestützter Bedürftigkeitsprüfung.

Sicherheit wird zur Funktion von Datenkontrolle. Wer Zugang zu Leistungen möchte, muss sich in ein System begeben, dessen Regeln nicht er oder sie mitbestimmt.

4. Vertrauen - ersetzt Verantwortung

„Vertrauen“ wird als neue Währung gesellschaftlicher Stabilität bezeichnet. Doch wer „Vertrauen“ als politisches Ziel definiert, ersetzt **Rechenschaft durch Wohlverhalten, Kritik durch Konsensdruck und Widerstand durch Sanktionen.**

In einer digital überwachten Welt wird Vertrauen zunehmend nicht verdient, sondern algorithmisch **überwacht, bewertet und erzwungen.**

Die Inhalte des neuen Gesellschaftsvertrags wirken modern, menschenfreundlich und lösungsorientiert. Doch unter ihrer Oberfläche liegt ein Modell, das nicht auf demokratische Aushandlung, sondern auf systemische Steuerung zielt.
